



NELSON LICHTENSTEIN/JUDITH STEIN

A Fabulous Failure.
The Clinton Presidency and the Transformation of
American Capitalism
(Politics and Society in Modern America)

Princeton University Press | Princeton 2023
544 Seiten, Hardcover | \$ 39,95
ISBN 9780691245508

rezensiert von

NIKOLAS DÖRR, Hochschule für Polizei Baden-Württemberg, Villingen-Schwenningen

Der Titel verrät es bereits: »A Fabulous Failure« ist ein politisches Buch. Noch deutlicher macht es der Klappentext, der beinahe vorwurfsvoll mit »How the Clinton administration betrayed its progressive principles and capitulated to the right« überschrieben ist. Judith Stein, Historikerin an der City University of New York, begann die Vorbereitungen an dem Buch in Reaktion auf Donald Trumps Wahlsieg gegen die ehemalige First Lady Hillary Clinton im November 2016, verstarb allerdings im Mai 2017. Mit Nelson Lichtenstein von der University of California, Santa Barbara, führte ein renommierter Historiker mit Schwerpunkt Labor History das Projekt zu Ende.

Die Clinton-Ära von 1993 bis 2001 wird gemeinhin positiv assoziiert, wenn es um Wirtschaftskraft, Staatsfinanzen und Arbeitsmarkt geht. Kritisch betrachtet wird zumeist die moralpolitische Komponente von Bill Clintons Amtszeit, die sich im Kern um die sexuelle Affäre des Präsidenten mit der Praktikantin Monica Lewinsky, seiner anschließenden Lüge gegenüber der US-amerikanischen Öffentlichkeit und Justiz (»I did not have sexual relations with that woman«) und dem daraus resultierenden, gescheiterten Impeachment-Verfahren dreht. Lichtenstein und Stein vertreten jedoch eine andere Meinung. Aus linker Perspektive argumentieren sie, dass Clintons neoliberale Agenda massive Probleme verursacht habe, die größtenteils erst nach dem Ende seiner Amtszeit zutage getreten seien. In der zeithistorischen und politikwissenschaftlichen Forschung über die Person Clinton, seine Politik und seine Präsidentschaft stellt das Werk daher einen neuen Ansatz dar.¹

Das Buch besteht aus vier großen Abschnitten. Langatmig erscheint der erste Teil, der minutiös Clintons Wandel von einem eher linken, von der 68er-Bewegung und auch der westeuropäischen Sozialdemokratie beeinflussten Jungpolitiker der Demokraten hin zum Gouverneur von Arkansas und schließlich zum 42. US-Präsidenten nachzeichnet. Dieser Teil seiner Biografie wurde bereits mehrfach thematisiert. Lichtenstein und Stein konzedieren, dass Clinton seine Amtszeit 1993

¹ Vgl. für eine Kritik der Außen- und Sicherheitspolitik Clintons zuletzt *Jeremy Kuzmarov*, Warmonger. How Clinton's Malign Foreign Policy Launched the US Trajectory from Bush II to Biden, Atlanta 2023.

ursprünglich mit einer linksliberalen Agenda startete, dann aber nach den für die Demokraten katastrophalen *Midterm elections* 1994 einen Wandel hin zum Neoliberalismus inklusive Sozialstaatsabbau und verschärfter Kriminalitätsbekämpfung vollzog. Verwirrend ist, dass häufig nicht Clinton selbst, sondern bestimmte Mitglieder seiner Regierung und Berater, so zum Beispiel Robert Rubin, Larry Summers und Al Gore, und nicht zuletzt die Republikanische Partei als die Verantwortlichen für den (in den Augen der Autor*innen) neoliberalen Kurswechsel identifiziert werden. Vor allem die Republikaner hätten mit ihrer Mehrheit im US-Kongress, aber auch mit ihrer außerparlamentarischen Vetomacht, ab 1994 zahlreiche progressive Ansätze verhindert.

Kaum haltbar ist die Annahme von Lichtenstein und Stein, dass Clinton mit einem prononcierteren Linkskurs größere Mehrheiten gewonnen und die Demokratische Partei auch die Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat erfolgreich bestritten hätte. Die Autor*innen übersehen, dass Clinton als Demokrat seinerzeit die Ausnahme und nicht die Regel im höchsten Staatsamt der USA darstellte: Zwischen 1969 und 2008 wurden mit Clinton und Jimmy Carter nur zwei demokratische Präsidenten gewählt, die insgesamt zwölf Jahre regierten, während mit Richard Nixon, Gerald Ford, Ronald Reagan, George H. W. Bush und George W. Bush mehr als doppelt so lange republikanische, teils rechtskonservative Präsidenten an der Macht waren. Eine Mehrheit für eine progressivere Ausrichtung Clintons erscheint daher unrealistisch, was sich auch daran zeigt, dass Vorhaben wie die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung scheiterten und die Verschärfung der Waffengesetze sowie die teilweise Liberalisierung des Umgangs mit Homosexualität im Militär («Don't Ask, Don't Tell») als mitverantwortlich für die krachende Niederlage der Demokraten in den *Midterm Elections* von 1994 («Republican Revolution») gelten. Die meisten Wissenschaftler*innen sind vielmehr der Meinung, dass Clintons Agenda zu Beginn seiner Amtszeit zu links gewesen sei, als dass sie langfristig politische Mehrheiten hätte sichern können.² Clintons politischer Wandel hin zum Zentrismus wird daher überwiegend als notwendige Voraussetzung für seine Wiederwahl als Präsident im November 1996 angesehen. Auch lag der äußerst knappe Wahlsieg des neokonservativen Republikaners George W. Bush gegen Clintons Vizepräsidenten Al Gore bei den Präsidentschaftswahlen 2000 weniger an der wirtschaftsfreundlichen Politik der demokratischen Regierung, sondern vielmehr an der eingangs erwähnten, medial breit rezipierten und für Teile der US-Gesellschaft äußerst wichtigen moralpolitischen Bedeutung der Lewinsky-Affäre sowie einem geringen, aber im Hinblick auf den knappen Wahlausgang entscheidenden Abfluss linker Wählerstimmen an den grünen Kandidaten Ralph Nader.³

Für die Bundesrepublik Deutschland geht die zeithistorische Forschung inzwischen davon aus, dass die Mitte-Rechts-Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl die neoliberale Wende eher zaghaft einleitete und den Sozialstaat, trotz Kürzungen, nicht grundlegend umgestaltete.⁴ Es war vielmehr die folgende Mitte-Links-Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, die ab 1998 diesen sozial-, wirtschafts-, finanz- und auch gesundheitspolitischen Wandel forcierte. Auch wenn die konservative Reagan-Administration in den Vereinigten Staaten und die Thatcher-Regierung in Großbritannien deutlich weiter gegangen waren als die christlich-liberale Koalition unter Kohl, intensivierten auch dort die Demokraten unter Clintons Führung bzw. die Labour Party mit Premierminister Tony Blair in der Regierung den vermeintlich neoliberalen Kurs. Der US-Präsident wirkte dabei international als Vorbild im Rahmen des »Dritten Weges«, der von zahlreichen sozialdemokratischen Parteien in den 1990er- und 2000er-Jahren aufgegriffen wurde. Diese Wirkung Clintons über die Landesgrenzen der USA hinaus kommt in dem Buch von Lichtenstein und Stein, das weitgehend auf die Innenpolitik und bilaterale Handelsbeziehungen konzentriert bleibt, zu kurz. Inwieweit die von den US-Demokraten («New Democrats»)

² Vgl. Bruce F. Nesmith/Paul J. Quirk, Triangulation. Position and Leadership in Clinton's Domestic Policy, in: Michael Nelson/Barbara A. Perry/Russell L. Riley (Hrsg.), 42. Inside the Presidency of Bill Clinton, Ithaca/London 2016, S. 46-76.

³ Vgl. James Mann, George W. Bush. The 43rd President, 2001-2009, New York 2015, S. 35 ff.

⁴ Vgl. Peter Beule, Auf dem Weg zur neoliberalen Wende? Die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren, Düsseldorf 2019.

ausgehende und von Clinton massiv vorangetriebene Initiative des »Dritten Weges« ebenfalls »A Fabulous Failure« oder aber einen Erfolg darstellte, bleibt offen.

Stein und Lichtenstein zeigen auf, dass die Freihandelsabkommen der Clinton-Regierung zu einem Abbau von Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte geführt haben. Mittelfristig entfernten sich diese Wählerinnen und Wähler von der Demokratischen Partei, die in der Arbeiterschaft und unteren Mittelschicht seit Roosevelts »New Deal« ihr Kernklientel gehabt hatte. Trumps Slogan »Make American great again« knüpft exakt an diese Enttäuschung über die Abwanderung von Arbeitsplätzen vor allem nach Asien und nach Lateinamerika an. Besonders das Zustandekommen der Nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) sehen die Autor*innen als Beleg einer neoliberal inspirierten Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig zeigen sie keine überzeugende Alternative auf. Auch werden politische Reformen Clintons, die einer klassisch linken Politik zuzuordnen sind, so beispielsweise die Erhöhung des Mindestlohns 1996/97, von den Autor*innen unterbewertet.

Gelungen ist den Autor*innen die Beschreibung des Zeitgeists der 1990er-Jahre, wenn sie die Hoffnung Clintons beschreiben, dass sich mit Freihandel auch politische Freiheit durchsetzen würde. So setzte die Clinton-Regierung mit der Zustimmung zum Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) nicht nur auf eine ökonomische, sondern auch auf eine mittelfristige politische Liberalisierung der kommunistischen Diktatur. Ähnliche Erwartungen an das Russland Boris Jelzins zerschlugen sich bekanntlich ebenso und erscheinen im Rückblick als naiv. Zurecht fokussieren Lichtenstein und Stein auch auf die Aufhebung des »Glass-Steagall Act« unter Clinton, die eine deutliche Liberalisierung des Bankensektors zur Folge hatte und indirekt die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers 2008 mitverantwortete, die wiederum die Weltfinanzkrise der späten 2000er-Jahre auslöste. Die Geschichte der Deregulierung der Finanzmärkte in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren und deren Auswirkungen nicht nur für die USA wird in den kommenden Jahren ein Thema werden, dem sich die Historiker*innen widmen müssen.⁵

Eine stärker international vergleichende Perspektive hätte dem Buch gutgetan. Die Clinton-Regierung war nicht alleine mit der Herausforderung neuer Konkurrenzökonomien in einer globalisierten Weltwirtschaft. Das Problem der Abwanderung von Unternehmen in Staaten mit geringeren Arbeitslöhnen, weniger Arbeitsschutz und niedrigeren Sozialstandards traf alle westlichen Volkswirtschaften und löste für mindestens ein Jahrzehnt einen Wettlauf um die Reduktion staatlicher Sozialleistungen und intensivierete Deregulierungen aus, der erst mit der Weltfinanzkrise von 2008 endete.

Ein Vorteil der Studie ist, dass sie, durchaus provozierend, den Blick auf die langfristigen Folgen der Clintonschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik richtet. Damit wird das vorherrschende Narrativ einer prosperierenden Ära von marktwirtschaftlichem Aufschwung, Demokratie und Frieden, die der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama 1992 mit der inzwischen ikonischen Formulierung des »End of History« umschrieb⁶, mit gegenläufigen Entwicklungen wie der Durchsetzung von George W. Bushs neokonservativer Agenda, der Weltfinanzkrise und dem Aufstieg Donald Trumps kontrastiert, die erst nach dem Ende von Clintons Amtszeit auftraten. Wie der Titel vermuten lässt, werden Aspekte, die diesem Narrativ entgegenstehen, unterbelichtet oder uminterpretiert. Ob nicht doch die Schaffung von Arbeitsplätzen inklusive geringer Arbeitslosenquote, ein Rückgang der Bezieher*innen von Sozialhilfe, staatliche Haushaltsüberschüsse, kontinuierlich steigende Aktienkurse und ein imposantes Wirtschaftswachstum von Vorteil für jede Gesellschaft sind, wird kaum thematisiert.

⁵ Vgl. dazu bereits die Autobiografie von Robert Rubin, US-Finanzminister in der Clinton-Regierung: *Robert E. Rubin/Jacob Weisberg*, In an Uncertain World. Tough Choices from Wall Street to Washington, New York 2004; vgl. *Robert Scheer*, The Great American Stickup. How Reagan Republicans and Clinton Democrats Enriched Wall Street While Mugging Main Street, New York 2010.

⁶ *Francis Fukuyama*, The End of History and the Last Man, New York 1992.

Zitierempfehlung

Nikolas Dörr, Rezension zu: Nelson Lichtenstein/Judith Stein, *A Fabulous Failure. The Clinton Presidency and the Transformation of American Capitalism*, Princeton University Press, Princeton 2023, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82028.pdf>> [23.10.2024].